

**S t a d t H a a n**  
Niederschrift über die  
**18. Sitzung des Jugendhilfeausschusses der Stadt Haan**  
am Mittwoch, dem 05.03.2025 um 17:00 Uhr  
im Sitzungssaal der Stadt Haan

Beginn:  
17:00 Uhr

Ende:  
19:33 Uhr

**Vorsitz**

Stv. Martin Haesen

**CDU-Fraktion**

Stv. Vincent Endereß  
Stv. Tobias Kaimer  
AM Henrik Radtke

**SPD-Fraktion**

Stv. Marion Klaus

**WLH-Fraktion**

Stv. Tessa Lukat  
Stv. Nadine Lütz

**GAL-Fraktion**

Stv. Lucio Dröttboom

**FDP-Fraktion**

AM Thomas Kirchhoff

**Schriftführung**

VA Sigrid Nippe

**stimmberechtigte Mitglieder**

AM Beate Baroke  
AM Fabian Dawin  
AM Hanno Krüger  
AM Bernhild Kurosinski

**beratende Mitglieder**

AM Michael Jans  
AM Barbara Müller  
AM Irena Popovic  
AM Sylvia Smajgert

anwesend ab 17.23 Uhr

**Vertreter des Jugendparlamentes**

Herr Henrik Giebels  
Frau Emilia Zambon

anwesend bis 18.50 h  
anwesend bis 18.50 h

**1. Beigeordnete**

1. Beigeordnete Annette Herz

**Verwaltung**

VA Stephanie Dellit  
VA Dietmar Pantel  
VA Pierre Shirvan

**Der Vorsitzende Martin Haesen** eröffnet um 17:00 Uhr die 18. Sitzung des Jugendhilfeausschusses der Stadt Haan. Er begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass ordnungsgemäß zu der Sitzung eingeladen wurde. Er stellt die Beschlussfähigkeit fest.

### **Zur Tagesordnung:**

Der **Vorsitzende Martin Haesen** verpflichtet die neuen Ausschussmitglieder Irena Popovic und Anna-Livia Gloth für den Stadtelternrat sowie Fabian Dawin für die private Kindergruppe.

## **Öffentliche Sitzung**

### **1./ Befangenheitsmitteilungen**

---

#### **Protokoll:**

Auf die Frage des **Vorsitzenden Martin Haesen**, ob sich jemand für befangen erklärt, erhält er keine Rückmeldung.

### **2./ Kinder- und Jugendfragestunde sowie Kinder- und Jugendparlament**

---

#### **Protokoll:**

**Herr Henrik Giebels** berichtet über die Aktivitäten des Jugendparlamentes. Vor der Winterpause habe man sich an dem zweiten Haaner Poetry Slam beteiligt und plane dies auch weiterhin ein. Es gab die Zusammenarbeit mit der AG Klimaschutz und zur Bundestagswahl habe man sich an der Podiumsdiskussion von Demokratie.Haan beteiligt. Endes des Jahres stünden die Neuwahlen des Jugendparlamentes an. Ende Januar sei eine Pressemitteilung veröffentlicht worden mit der Stellungnahme zum Vorfall in Gruitzen. Dem Jugendparlament liege ein Antrag der neu gegründeten Haaner Linken zu einer Demonstration gegen rechts vor, jedoch unter Ausschluss der CDU und FDP. Das Jugendparlament werde sich nur anschließen, wenn alle demokratischen Parteien zur Teilnahme aufgerufen werden. Darüber hinaus habe man sich an der Planung der Graffiti-Aktion am Bahnhof beteiligt.

Der **Vorsitzende Martin Haesen** dankt dem Jugendparlament noch einmal ausdrücklich für die Teilnahme an der Podiumsdiskussion zur Bundestagswahl, wodurch man sich auch sichtbarer gezeigt habe.

Auf die Frage von **Stv. Vincent Endereß**, ob es sich bei dem Antrag der Linken tatsächlich um einen offiziellen Antrag handele und wie dieser zu behandeln sei, antwortet Herr Giebels, dass es sich lediglich um eine formlose Mail gehandelt habe.

**Amtsleiterin Stephanie Dellit** gibt die Informationen von Sarah Wendel zum Kinder-

---

parlament weiter:

Zum internationalen Tag der Kinderrechte am 20.11.24 stellte das Jugendamt in der Stadtbücherei den Kinderrechte-Koffer vor. Für Kinder und deren Familien gab es Möglichkeiten zu basteln, malen, spielen und Infos über die Kinderrechte zu erhalten. Auch Kinder des Kipa begleiteten den Nachmittag. Außerdem gab es einen zusätzlichen Pressetermin am 04.02.25 in der GGS Bollenberg. Der Koffer kann nun in der Stadtbücherei von Schulen, Kindergärten und Privatpersonen (wie die Medienboxen) ausgeliehen werden.

Zum Ende des Jahres haben wir einen Workshop mit Ira Paul von PAZURU durchlaufen. Das Thema war. „Ich habe eine Stimme! Selbstbewusstsein und Gruppengefühl stärken.“ Daraus entstand die gemeinsame Idee, das Thema am 05.07.25 an einem Nachmittag aufzugreifen und ein kostenloses Angebot von Kindern für Kinder zu schaffen. Es werden Workshops angeboten: DU BIST WICHTIG – stärke dein ICH!

Der AK unsere Stadt setzte sich mit der Besitzerin des Snackautomaten aus Gruitzen zusammen und besprach Aspekte des Inhalts. Den Kindern ist wichtig zu sagen, dass es in der Verantwortung der Eltern liegt, ihre Kinder über Konsum und Kaufverhalten aufzuklären. Solange es keine gesetzliche Altersbeschränkung z.B. für Energiedrinks gibt, fehlt die Handlungsgrundlage.

Die Jugendförderung der Stadt Haan wird sich am Bürgerfest am Sonntag, 07.09.2025, präsentieren und Aktionen für Kinder und Familien im Schillerpark anbieten. In Planung ist seitens des Kinderparlaments, einen Spendenlauf zu organisieren. Sarah Wendel hat die Zusage der zertifizierten Weiterbildung zur „Moderatorin für Kinder- und Jugendbeteiligung“ erhalten. Erstes Modul findet vom 05.03.-07.03.25 in Vlotho statt. Die Ausbildung erstreckt sich über ein Jahr.

Die nächste große Sitzung des Kinderparlaments findet am Dienstag, 20.5.25 um 16.30 Uhr im Sitzungssaal statt.

Aktuelles kann immer auf der Homepage der Stadt Haan/Kinderparlament aufgerufen werden.

### **3./ Bericht der Unterausschüsse "Spielflächen/Jugendorte" und "Kinderschutz"**

---

#### **Protokoll:**

**Stv. Vincent Endereß** habe mit der Verwaltung abgestimmt, die nächste Sitzung des Unterausschusses Spielflächen/Jugendorte nach dem Bericht, der auf der heutigen Tagesordnung stünde, einzuberufen. Herr Endereß werde dann zum nächsten JHA berichten.

Der **Vorsitzende Martin Haesen** teilt mit, dass der Unterausschuss Kinderschutz ebenfalls noch nicht stattgefunden habe. Er werde sich mit AM Hanno Krüger austauschen und die Punkte zum nächsten JHA vorstellen.

#### 4./ **Rechtsrahmen des Jugendamtes Sorgerechteinriff, Inobhutnahme, freiheitsentziehende Unterbringung und freiheitsentziehende Maßnahmen** Vorlage: 51/116/2025

---

##### Protokoll:

Der **Vorsitzende Martin Haesen** dankt der Verwaltung, dieses Thema so schnell zusammengefasst und versachlicht zu haben.

**Abteilungsleiter Dietmar Pantel** berichtet, dass nach dem Vorfall im Januar in Gruiton viele unrealistische, z.T. rechtswidrige Erwartungen gegenüber dem Jugendamt geäußert wurden. Herr Pantel wollte mit der umfangreichen Informationsvorlage herausstellen, dass die Interventionsmöglichkeiten des Jugendamtes viel geringer sind als in der Bürgerschaft vermutet. Laut Rechtsprechung des BGH ist eine zwangsweise Unterbringung eines Minderjährigen in einer geschlossenen Kinder- und Jugendpsychiatrie ausgeschlossen, wenn vorwiegend Erziehungsdefizite und gestörtes Sozialverhalten vorliegen.

Der **Vorsitzende Martin Haesen** nimmt diesen Tagesordnungspunkt zum Anlass, um nochmals auf die ausschließlich nicht öffentliche Behandlung nichtöffentlicher Tagesordnungspunkte und deren Unterlagen hinzuweisen. Nur so könne eine Vertrauensbasis untereinander bestehen bleiben.

##### Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

##### Abstimmungsergebnis:

zur Kenntnis genommen

#### 5./ **Kindertagesstättenbedarfsplanung Fortschreibung für das Kindergarten- jahr 2025/2026** Vorlage: 51/113/2025

---

##### Protokoll:

Die **Jugendamtsleiterin Stephanie Dellit** stellt die Eckdaten der Kita-Bedarfsplanung anhand einer Präsentation vor.

Auf die Frage von **Stv. Vincent Endereß**, ob zu den gemeindefremden Kindern Zahlen über Einzelfallentscheidungen aufgelistet wurden, antwortet die **Jugendamtsleiterin Stephanie Dellit**, dass dies leider nur im letzten Jahr vorgenommen wurde. Davor wurde dies leider nicht konsequent umgesetzt.

**Stv. Marion Klaus** möchte wissen, woran es liegt, dass der Ausgleich für gemeindefremde Kinder nicht immer gezahlt werde. **Jugendamtsleiterin Stephanie Dellit** berichtet, dass es früher eine stillschweigende Vereinbarung zwischen den Amtsleitun-

---

gen der kreisangehörigen Städte gab, dass der interkommunale Ausgleich nicht in Anspruch genommen werde, da sich die Zahlungen in etwa ausgeglichen haben. Dies habe sich aber gewandelt; Haan habe z.B. viele gemeindefremde Kinder in der Betreuung und dafür wenige Kinder, die außerhalb betreut werden. Bei den meisten Städten seien die Zahlungen kein Problem. Es gebe eine Stadt, bei der es Probleme gebe, vor allem, wenn die Familien unterjährig wegziehen. Das Jugendamt sei hier aber in Klärung.

Auf die Frage von **AM Bernhild Kurosinski**, ob mittlerweile Geld von anderen Kommunen in die Stadtkasse gezahlt wurde, teilt **Jugendamtsleiterin Stephanie Dellit** mit, dass manche Städte zahlen und eine Stadt sich weigere.

**AM Hanno Krüger** habe das Thema schon in der AG78 angesprochen auch hinsichtlich der Träger, wenn die Gelder nicht fließen. Dann müssten auf politischer Ebene Gespräche stattfinden. Ihm sei es besonders wichtig, die Anliegen der Kinder im Blick zu halten, besonders im Hinblick auf die Ablehnung von gemeindefremden Kindern.

**Stv. Vincent Endereß** teilt für die CDU-Fraktion mit, dass man sich grundsätzlich den Beschlussvorschlägen anschließen könne, man sehe aber auch die Problemstellung der gemeindefremden Kinder. Klar sei, dass jetzt nicht die Zeit sei und man es sich nicht mehr leisten könne, diese Kinder aufzunehmen, auch wenn es eine gewisse Refinanzierung für belegte Plätze gebe. Darüber hinaus stellt Herr Endereß eine Frage zu den finanziellen Auswirkungen. Im Ertrag seien die fremden und städtischen Einrichtungen dargestellt, beim Aufwand habe er die Posten nicht gefunden. Er bittet um Klarstellung und Ergänzung zum HFA und Rat. Es gebe eine Verzerrung, wenn die Aufwendungen der städtischen Kitas nicht aufgeführt seien. **Jugendamtsleiterin Stephanie Dellit** sagt zu, die Darstellung der Erträge und Aufwendungen aus dem Haushaltsplan nachzureichen.

Nachtrag zu Protokoll:

Die Aufwendungen der städtischen Kitas liegen bei ca. 2.662.465,- € pro Jahr.

**Stv. Marion Klaus** fragt nach, ob bei der Umwandlung von ursprünglichen U3-Plätzen in jetzt Ü3-Plätze Rückzahlungen erforderlich würden und ob sie aus der Zweckbindung raus seien. **Jugendamtsleiterin Stephanie Dellit** teilt mit, dass die Umwandlung möglich sei bei ausgelaufener Zweckbindung. Plätze, die jetzt umgewandelt würden, würden nicht im laufenden Kitajahr, sondern erst zum 01.08.2025 berücksichtigt. Anhand der Meldungen ermittle der LVR dann die Zuschüsse. Der LVR prüfe im 5-Jahresrhythmus die investive Förderung. Sollten sich im Zeitraum der Zweckbindung Änderungen ergeben, müssen diese gut begründet werden. Das JA steht in einem guten Austausch mit LVR und Kitas.

Zur Überbelegung sei man in Gesprächen mit den Trägern, und viele Träger hätten diese auch schon sehr gut abgebaut. Es gebe immer wieder Fälle, die gut begründet und dann auch bewilligt würden, wie z.B. Geschwisterkinder.

**AM Thomas Kirchhoff** nimmt als Ergebnis wahr, dass man in Haan hinsichtlich der Betreuung sehr gut aufgestellt sei und zeigt sich zuversichtlich, dass die nicht planbaren Schwankungen gut gehandhabt würden. Das Thema Personalmangel müsse man sicher weiter im Auge behalten.

---

**Stv. Tessa Lukat** möchte zur AWO-Kita Käthe-Kollwitz-Straße wissen, warum es trotz Gruppenschließung zu einer geplanten Überbelegung komme.

**Jugendamtsleiterin Stephanie Dellit** erläutert, dass es, wie bei der Kita Am Sandbach im letzten Jahr, zu Gruppenschließungen gekommen sei wegen des hohen Personalausfalles. Die AWO wolle ihre Kita gut aufstellen, auch personell.

**AM Bernhild Kurosinski** möchte wissen, ob es zusätzlich zu der Arbeitgeberbescheinigung, die als Nachweis für den Bedarf eines 45-Stunden-Platzes gelte, weitere Bedarfe gebe, die in den städtischen Kitas Berücksichtigung fänden.

**Jugendamtsleiterin Stephanie Dellit** teilt mit, dass dies sehr individuell gehandhabt werde. Es habe eine Abfrage gegeben, bei der auch die Eltern ihre Bedarfe nochmal für sich hinterfragt haben. Bei Eltern, die z.B. neben ihren Teilzeitarbeitsplätzen noch zusätzlich eine Ausbildung bzw. ein Studium absolvieren, gehe man natürlich nochmal in den Austausch.

Die Frage von **Stv. Tessa Lukat** zu den auf Seite 22 genannten weiteren 18 Plätzen in der Kindertagespflege, die nur theoretisch verfügbar seien, werde **Jugendamtsleiterin Stephanie Dellit** im nicht öffentlichen Teil der Sitzung beantworten.

### **Beschlussvorschlag 1:**

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt HFA und Rat, der vorgelegten Kindertagesstättenbedarfsplanung für das Kindergartenjahr 2025/2026 (1. August 2025 bis 31. Juli 2026, Anlage 1) als Ergebnis der Jugendhilfeplanung nach § 80 SGB VIII, vorbehaltlich der Zustimmung des Landes und der Zuschussgewährung nach § 24 und § 38 Kinderbildungsgesetz NRW, zuzustimmen.

1. Um die Bedarfe der Familien mit Kindern vor einem Betreuungsstart besser zu verstehen, wird eine Befragung der Familien mit neugeborenen Kindern angestrebt. Ein entsprechender Prüfauftrag war der Verwaltung mit der Kitabedarfsplanung 2024/2025 erteilt worden. Die Jugendhilfeplanung erarbeitet hierzu einen Fragebogen, um die Bedarfe der Familien zu erfassen. Die eigentliche Befragung wird im Rahmen der Babybegrüßungsbesuche durch die Frühen Hilfen durchgeführt.
2. Im Zuge einer gemeinsamen Abstimmung zwischen Trägern der Kindertagesstätten, Kindertagespflege und Verwaltung wird erörtert, wie die Kapazität der Einrichtungen ausgelastet und das Personal entlastet werden kann. Themen könnten hier die Zusammenhänge zwischen Zweckbindung in der U3-Versorgung, der Stellenwert der Tagespflege, der Fachkräftemangel wie auch eine Überprüfung des individuellen Erfordernisses hinsichtlich eines 45-Stunden-Betreuungsumfangs sein.

- 
3. Die für die Kita-Jahre 2025/26 und 2026/27 prognostizierte Überversorgung im Bereich Ü3 wird durch das Jugendamt einem engmaschigen Monitoring im Abgleich zwischen Daten des Einwohnermeldeamtes und Kita-VM unterzogen. Aufgrund der Erfahrungen der Vorjahre ist durch unterjährige Zuzüge nach Haan eine Überversorgung nicht realistisch.
  
  4. Sollte sich eine Überversorgung im Bereich Ü3 unterjährig manifestieren, so prüft das Jugendamt folgende Maßnahmen und legt diese dem JHA zur Entscheidung vor:
    - Umwandlung von Ü3-Platzangeboten in U3-Platzangebote
    - Gruppenschließung in städtischen Kindertageseinrichtungen
    - Konzeptionelle Umgestaltung z.B. durch Angebote für Kinder mit (drohender) Behinderung

#### **UND:**

#### **Beschlussvorschlag 2:**

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt HFA und Rat, der vorgelegten Detailschlüsselung „Meldeplätze für das Kindergartenjahr 2025/2026“ (1. August 2025 bis 31. Juli 2026, Anlage 2) als Ergebnis der Jugendhilfeplanung nach § 80 SGB VIII, vorbehaltlich der Zustimmung des Landes und der Zuschussgewährung nach § 24 und 38 Kinderbildungsgesetz NRW, zuzustimmen.

1. Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Detailschlüsselung (s. Anlage) der zu meldenden Kinderbetreuungsplätze zur Kenntnis und beschließt die Meldung gegenüber dem LVR.
  
2. Der Jugendhilfeausschuss beschließt, dass die Verwaltung künftige geringe Abweichungen (Umwandlung von Stundenumfängen sowie Umwandlungen von U3- und Ü3-Plätzen) in der Kitabedarfsplanung eigenständig vornehmen und gegenüber dem LVR melden darf.

#### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig zu Beschlussvorschlag 1 und 2

#### **6./ Gemeindefremde Kinder in Haaner Kindertageseinrichtungen Vorlage: 51/117/2025**

---

#### **Protokoll:**

Auf die Frage von **Stv. Marion Klaus**, was „zeitnahe Umzüge nach Haan“ im Beschlussvorschlag heißen, gibt die **Jugendamtsleiterin Stephanie Dellit** die Auskunft,

---

dass hierfür ein Miet- oder Kaufvertrag für ein Haaner Wohnobjekt vorgelegt werden müsse.

**AM Hanno Krüger** verweist auf die Kriterien aus 2023, die auch die Kinder der OGS-Mitarbeitenden aufführten. Diese würden nun fehlen.

Die Frage von **AM Bernhild Kurosinski**, ob Mitarbeitende von Trägern, die mehrere Einrichtungen haben, die Kinder auch flexibel in anderen Einrichtungen unterbringen können, wird von **Jugendamtsleiterin Stephanie Dellit** positiv beantwortet.

**Stv. Tobias Kaimer** sieht die Notwendigkeit, dass im Sinne des IKA die Gelder für die gemeindefremden Kinder eingezogen würden, und fragt nach der Anzahl der entsprechenden Kinder. **Jugendamtsleiterin Stephanie Dellit** erwidert, dass dies darstellbar sei. Außerdem sei das Jugendamt dabei, die ungeklärten „Fälle“ mit dem betreffenden Jugendamt zu klären. **Stv. Tobias Kaimer** weist darauf hin, dass es ggf. auf Dezernatsebene geklärt werden müsse.

#### Nachtrag zu Protokoll:

Aktuell sind es 79 auswärtige Kinder. Zum Sommer 2025 sind es 70 auswärtige Kinder aus unterschiedlichen Kommunen.

Auf die Frage von **AM Thomas Kirchhoff**, ob das auch für die laufenden Betreuungsverträge gelte, erklärt **Jugendamtsleiterin Stephanie Dellit**, dass der Start erst für den 01.08.2025 vorgesehen und man mit den Kitas im Austausch sei.

Weiter bestätigt Frau Dellit die Frage des **Vorsitzenden Martin Haesen**, ob das Jugendamt forcieren, dass die Gelder im Rahmen des IKA hereinkommen.

#### Beschluss:

Der JHA empfiehlt dem HFA und Rat, ab dem 01.08.2025 die folgende Regelung für alle Neuaufnahmen in den Haaner Kindertageseinrichtungen zu treffen. Demnach muss das aufzunehmende Kind **seinen Wohnsitz in Haan** haben oder

- es steht ein zeitnaher Umzug nach Haan an,
- es handelt sich um ein Mitarbeiter\_innenkind der eigenen Einrichtung und/oder der Stadt Haan (alle Mitarbeiter\_innen),
- das Waldorf-Kontingent greift,
- es ist eine Einzelfallentscheidung des Jugendamtes aufgrund einer „besonderen“ Lage
- es ist eine Einzelfallentscheidung des Jugendamtes aufgrund des Wohnsitzes der Erziehungsberechtigten innerhalb der Grenze einer Haaner Kirchengemeinde.

Alle Betreuungsverträge, die **ab dem 01.08.2025** geschlossen werden, werden unter diesen Platzvergabekriterien geschlossen. Sollten die Erziehungsberechtigten die Zugangsvoraussetzung (z.B. durch einen Wegzug aus Haan) verlieren, so erlischt der Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz automatisch zum Ende des laufenden

---

Kindergartenjahres und die Erziehungsberechtigten müssen sich um einen neuen Betreuungsplatz in der (neuen) Kommune, in der sie ab dann wohnhaft sind, suchen. Ein Fortbestand der Betreuung trotz des Erlöschens der Zugangsvoraussetzung kann im Einzelfall formlos beantragt und durch das Jugendamt geprüft werden. Die Haaner Träger der Kindertageseinrichtungen müssen ihre neu zu schließenden Betreuungsverträge entsprechend dieses Beschlusses anpassen.

**Abstimmungsergebnis:**

9 ja-Stimmen / keine nein-Stimme / 4 Enthaltungen

**7./ Verlängerung der Anerkennung von Kindertageseinrichtungen als plusKITA-Einrichtungen sowie Einstellung der zusätzlichen Geldförderleistungen an Sprachförderkitas  
Vorlage: 51/111/2025**

---

**Protokoll:**

**Jugendamtsleiterin Stephanie Dellit** stellt noch einmal den Hintergrund der Vorlage vor.

**Beschluss:**

Der JHA stimmt für die Kindertageseinrichtungen/Familienzentren

- AWO Am Bandenfeld
- Städt. Familienzentrum Am Bollenberg
- AWO Käthe-Kollwitz-Straße

einer fortlaufenden Förderung für ein weiteres Jahr als plusKITA zu. Das Jugendamt wird beauftragt, hierzu fristgerecht zum 15.03.2025 eine weitere Förderung der genannten Einrichtungen beim Landesjugendamt (LVR) bis zum Ende des Kindergartenjahres 2025/2026 zu beantragen.

Zudem wird das Jugendamt beauftragt, ebenfalls fristgerecht zum 15.03.2025 die Weiterleitung der Landesfördermittel für die Sprachförderkitas in Höhe von insgesamt 18.977,73 € zu gleichen Teilen an die plusKITAS beim LVR zu beantragen.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig angenommen

**8./ Inklusion in Kitas  
Vorlage: 51/112/2025**

---

**Protokoll:**

Die **1. Bgo. Annette Herz** berichtet über den von der Verwaltung an den LVR gerichteten Appell, in dem man sich über die sehr schleppende Bewilligungspraxis be-

---

schwert habe. Die Antwort des LVR sei so zu erwarten gewesen. Man habe darüber hinaus in den Haaner Kitas nachgefragt, ob eine Verbesserung eingetreten sei. Hierzu habe man unterschiedliche Rückmeldungen erhalten. Die Kommunikation funktioniere teilweise immer noch nicht zwischen Eltern, den Kitas und dem LVR. Zudem werden z.T. Leistungen gekürzt und im Folgeantrag weniger Stunden bewilligt.

Am heutigen Tag habe man intern besprochen, den Vorgang auf Wiedervorlage in zwei Monaten zu legen, um dann nochmal bei den Kitas nachzuhören, ob sich etwas signifikant verbessert habe. Wenn nicht, werde man wieder an den LVR herantreten. Frau Herz macht deutlich, dass man sich einig sei, dass man hier am Ball bleiben müsse.

### **Beschluss:**

Die Ausführungen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

### **Abstimmungsergebnis:**

zur Kenntnis genommen

## **9./ Inklusion an Schulen – Einführung einer Poollösung an den Grundschulen des Gemeinsamen Lernens – Zwischenstand nach dem Start der Pilotphase zum Beginn des Schuljahres 2024/25 Vorlage: II/066/2025**

---

### **Protokoll:**

Die **1. Bgo. Annette Herz** berichtet über das stattgefundenene Gespräch zwischen der Verwaltung und allen Grundschulleitungen zu diesem Thema. Herr Jans und Herr Slusarczyk als Leiter der Schulen des gemeinsamen Lernens hätten zu diesem Termin sehr zufrieden von der Poollösung berichtet. Die Verwaltung habe zum heutigen JHA über den Zwischenstand berichten wollen, da auch die Grundschulleitungen Fragen haben, die von der Poollösung nicht profitieren. Das Spannungsfeld zwischen Schulsystem und Jugendhilfe müsse aufgelöst werden, und das hierfür ebenfalls zwingend erforderliche Gespräch mit der Unteren Schulaufsicht sei schon terminiert. Danach werde die Verwaltung den Prozessablauf mit Zuständigkeiten und Schnittstellen aufbereiten und vorstellen.

**AM Michael Jans** bestätigt, dass er nur begeistert von diesem Projekt sprechen könne. Er sei von Anfang an involviert gewesen, die anfänglichen Bedenken seien frühzeitig aufgelöst worden und jetzt sei das Projekt gut angelaufen. Die Kräfte aus dem Pool können flexibel eingesetzt werden.

**Jugendamtsleiterin Stephanie Dellit** ergänzt, dass das Projekt auch auf die OGS ausgeweitet wurde und man in erhöhtem Maße davon profitiere, dass die Kräfte aus dem Pool durch gute Planung auch im Nachmittagsbereich und in den Ferien ihre Unterstützung leisteten. Dies käme den Kindern sehr zugute.

**Stv. Vincent Endereß** merkt an, dass die kritischen Äußerungen zu diesem Thema öfter im BSA getätigt würden und er sich auch dort ein solches Statement wünschen würde. Diesen Hinweis gebe er an Herrn Weikämper weiter.

---

Die **1. Bgo. Annette Herz** berichtet, dass zukünftig die Inklusionspauschale des Kreises in Höhe von 37 T€, die von der Stadt Haan bisher nie vollständig verausgabt werden konnte, in die Poollösung eingebracht werden könne. Darüber hinaus werde auch noch geprüft, die eigene Inklusionspauschale, die bisher für die FSJler genutzt wurde, in das Modell einfließen zu lassen. Hierzu gebe es aber noch keine Entscheidung.

**Abteilungsleiter Dietmar Pantel** teilt mit, dass das Modell vor der Einführung als Sparlösung angesehen wurde. Dies sei nicht richtig, weil Wert auf Qualität gelegt wurde. So ergebe sich ein enormer Profit für die Kinder.

**Beschluss:**

Die Ausführungen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

**Abstimmungsergebnis:**

zur Kenntnis genommen

**10./ Evaluation Spielflächen/Jugendorte**  
**Vorlage: 51/114/2025**

---

**Protokoll:**

**Jugendamtsleiterin Stephanie Dellit** führt anhand einer Präsentation durch das Thema. Die Rechtsgrundlage werde dem Protokoll beigefügt bzw. unter dem TOP im RIS eingestellt.

**Frau Emilia Zambon** bemängelt, dass nur zwei der aufgelisteten Spielorte als Jugendorte gelten. Es müsse allen klar sein, dass es gerade bei den Jugendlichen ein erhebliches Defizit an Treffpunkten gebe.

**Stv. Vincent Endereß** bestätigt diesen Eindruck und sagt zu, dass Spielflächen bzw. Jugendorte in der Zukunft im Gleichklang mitgedacht würden. Die Präsentation habe vieles klargestellt, aber er sei nicht der Meinung, dass überwiegend an falschen Spielorten investiert würde. Hiermit werde sich aber der Unterausschuss sehr intensiv beschäftigen, da die Entscheidungen für viele Jahre gelten müssen. Aus der Praxis sei aber bekannt, dass viele Einschätzungen schon überholt seien, da es sich in einem gewissen Maße um einen dynamischen Prozess handle. Herr Endereß weist darauf hin, dass im Haushalt 2024 die Mittel für die Spielflächen enthalten seien, die in 2025 umgesetzt werden, und möchte wissen, ob diese Mittel übertragen wurden. Für den Tenger, der für 2026 vorgesehen sei, hält er die Erfassung der Bedarfe schon in 2025 für sehr wichtig, um ein Signal an die Unterhaaner Kinder und Jugendlichen zu senden.

**Jugendamtsleiterin Stephanie Dellit** teilt mit, dass die Flächen auch mit dem Augenmerk auf die Jugendorte bedacht und mit der Liste des JuPas abgeglichen würden. Hinsichtlich der Mittel habe Herr Gabe das übertragen, was möglich gewesen sei. Für die Beteiligung des Standortes Tenger müsse man den richtigen Zeitpunkt abwarten; auf jeden Fall werde aber eine Beteiligung stattfinden.

---

Die **1. Bgo. Annette Herz** teilt mit, dass der Betriebshof gerade eine Interimsliste erarbeite, die auch hinsichtlich der Verkehrssicherheit der Spielflächen/Jugendorte für den nächsten Unterausschuss und JHA aufbereitet würde. Auch die unabdingbaren Positionen werden in die Liste aufgenommen und dann im Unterausschuss intensiv zu besprechen sein. Es sei nicht ausgeschlossen, dass einzelne Spielgeräte und Standorte aus Gründen der Verkehrssicherungspflicht geschlossen werden müssten.

**AM Hanno Krüger** verweist in diesem Zusammenhang auch auf das Siegel der Kinderfreundliche Kommune, das auch für die Spielflächen als Steuerungsmittel dienen könne. Er benennt auch die Sportplätze als Jugendorte, wo Kinder und Jugendliche ihre Freizeit verbringen würden.

Der **Vorsitzende Martin Haesen** begrüßt den Hinweis auf die Sportplätze, die immer schon gute Orte für Kinder und Jugendliche gewesen seien. Er dankt Frau Dellit für die Präsentation und ist gespannt, wie sich der Spielflächenleitplan zur Realität entwickelt. Er bittet um Mitteilung zu Protokoll, ob der Betriebshof fortlaufend berichten könne, ob die eingestellten Mittel ausreichend seien.

Die **1. Bgo. Annette Herz** sieht aus Verwaltungssicht eine solche Berichterstattung als verfrüht an und bittet darum, das Ergebnis der Evaluation abzuwarten, da das Thema so komplex sei. Sie bittet um Verständnis, die Evaluation in Ruhe zu Ende bringen zu können und dann im Rahmen der Haushaltsplanberatungen über die Bedarfe zu beraten. Der **Vorsitzende Martin Haesen** bestätigt auf Nachfrage von Frau Herz, dass er keinen Bericht des Betriebshofes zu Protokoll erwarte.

**Beschluss:**

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

**Abstimmungsergebnis:**

zur Kenntnis genommen

**11./ Monitoring Kinderfreundliche Kommune**  
**Vorlage: 51/115/2025**

---

**Protokoll:**

**Jugendamtsleiterin Stephanie Dellit** stellt das Monitoring der Kinderfreundlichen Kommune anhand einer Präsentation vor.

**AM Hanno Krüger** stellt heraus, dass es ihm wichtig sei, was bei den Familien wahrgenommen würde und dass es der Anspruch des JHA sein müsse, die Inhalte auch weiter zu tragen. Für ihn sei spannend, wie es mit dem nächsten Schritt, dem Kinder- und Jugendförderplan, weitergehe.

**Vorsitzender Martin Haesen** ergänzt, dass der Arbeitskreis Kinder- und Jugendförderplan am 09.04.2025 stattfindet und die ersten Rückmeldungen auch schon angekommen seien.

---

**Beschluss:**

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

**Abstimmungsergebnis:**

zur Kenntnis genommen

---

**12./ Beantwortung von Anfragen**

---

**Protokoll:**

Es liegen keine Anfragen vor.

---

**13./ Mitteilungen**

---

**Protokoll:**

**Stv. Tobias Kaimer** teilt mit, dass die CDU-Fraktion zum nächsten JHA einen Antrag zur Erstattung der Elternbeiträge bei Betreuungsausfall in den Kitas stellen werde.

Die **1. Bgo. Annette Herz** berichtet, dass der endgültige Austausch der Lüftungsanlage im Jugendhaus in den Osterferien stattfinden werde. Die eingeworbene Spende für einen Überseecontainer für die Skateanlage müsse auf das nächste Jahr verschoben werden wegen der fehlenden personellen Ressourcen im Betriebshof. Zur gemeinsamen Adoptionsvermittlungsstelle in Erkrath werde es im nächsten Sitzungszyklus eine Entscheidungsvorlage geben. Darüber hinaus werde die Gemeindeprüfungsanstalt eine Prüfung bei der Stadt Haan durchführen. Für das Jugendamt betreffe dies den Bereich Hilfen zu Erziehung.

**Jugendamtsleiterin Stephanie Dellit** führt ergänzend zu den Mitteilungen aus:

Für die Sommerferien dieses Jahres ist es gelungen, einen zweitägigen Skateworkshop für 8- bis 16-jährige einzustufen. Dieser soll am 18.8. und 19.8.25 für rund 30 Kinder und Jugendliche an der Haaner Skateranlage stattfinden. Der Workshop ist kostenlos und findet jeweils von 10 bis 16 Uhr statt. Eine Teilnahme ist nur geschlossen an beiden Tagen möglich.

Die Gesamtkosten für Skatecoaches, Ausrüstung und Verpflegung werden im Rahmen eines Sponsorings komplett durch den Energieversorger Westenergie übernommen. Die Kids dürfen die Boards im Anschluss sogar behalten. Mit der Durchführung des eigentlichen Workshops beauftragt Westenergie den Verein Skate-Aid, der von Skate-Pionier Titus Dittmann betrieben wird. Als Gegenleistung möchte die Westenergie einen gemeinsamen Pressetermin ansetzen, der mit dem 18.08.25, 11 Uhr, bereits terminiert ist.

Die Anmeldung wird ab Mai über ein gesondertes digitales Anmeldeformular möglich sein. Das Angebot wird voraussichtlich über die Schulen kommuniziert und verbreitet werden. Sollte es mehr Anmeldungen als Teilnahmeplätze geben, werden die Teil-

---

nehmer\_innen ausgelost.

Das Jugendamt der Stadt Haan ist federführend mit der Erstellung des nächsten kommunalen Kinder- und Jugendförderplans (2026 – 2030) betraut.

Hierfür wird die Mithilfe bei der strukturierten Erfassung der Angebote und Bedarfe der Jugendhilfe benötigt. Die Träger, Vereine und Verbände haben hier die Möglichkeit und wichtige Aufgabe im Sinne einer bedarfsgerechten Weiterentwicklung von Angeboten für Kinder und Jugendliche durch das Ausfüllen des Fragebogens mitzuwirken.

Der Fragebogen ist den Trägern, Vereinen und Verbänden in Form eines Links zugesendet worden. Leider haben bisher nur sechs Akteure an der Befragung teilgenommen. Um einer umfassenden Erfassung gerecht zu werden, wird hier weiterhin die Mitarbeit der Träger, Vereine und Verbände benötigt.

Eine Verschiebung der Frist vom 28.02.25 auf den 15.03.25 wird im Sinne der Teilnehmenden vorgenommen.

Zum bereits von Herrn Haesen angesprochenen Arbeitskreis Kinder- und Jugendförderplan am 09. April 2025 um 17.00 h seien noch nicht alle Rückläufe zu verzeichnen, so dass noch einmal auf Anregung von Herrn Strompen im JHA darauf hingewiesen werde.

Am 10.02.25 wurde diesjährig zum ersten Mal die Zusage- und Absagerunde der Plätze in der Kindertagesbetreuung komprimiert an einem Tag durchgeführt. Dies hatte den Vorteil, dass den Eltern ein längerer Zeitraum für die Anmeldung zum neuen Kitajahr blieb und den Einrichtungen mehr Zeit zur Planung und Vergabe der freien Plätze eingeräumt werden konnte.

Im Zuge der Vergabe konnten 254 Familien eine Zusage für eine der Wunscheinrichtungen gemacht werden. 46 Familien, die zum 01.08.2025 gerne einen Platz für ihr Kind in einer der favorisierten Einrichtungen gehabt hätten, musste leider eine Absage erteilt werden. Zur zweiten Sitzung des Jugendhilfeausschusses in 2025 ist eine weiterführende Informationsmitteilung zum Stand der Versorgung der 46 Familien mit Absage geplant.

Auch wenn der Unterausschuss Kinderschutz nicht getagt habe, war das Jugendamt in diesem Bereich an vielen Stellen tätig:

- Interkommunales Netzwerktreffen Kinderschutz am 12.03.25 mit dem Vortrag: Familien in Multiproblemlagen: Auswirkungen psychischer Erkrankungen auf das Fürsorgeverhalten der Eltern und die Bindungsentwicklung der Kinder“ Fachvortrag von Dr. med. Hipp. Stand heute über 160 Anmeldungen
- Interkommunales Netzwerktreffen Kinderschutz am 12.03.25 mit der Thematik „Löcher Boy Methode“
- Kommunale Netzwerktreffen sind für den Sommer geplant. Hierbei soll es um den präventiven Kinderschutz und die dazugehörigen jeweiligen Angebote gehen.
- Neu dazugekommen zu den Netzwerktreffen- die Qualitätszirkel, welche spezielle Fachberufe noch einmal verstärkt zusammenkommen lässt. Interkommunale Qualitätszirkel 2025  
Hierfür z.B.

---

-das geplante Auftakttreffen des Qualitätszirkels „**Kinderschutz im Gesundheitswesen**“ 07.05.2025 14:00-16:00 Uhr Gastreferent: Herr Dr. Duckwitz (Leitender Arzt im Kollegialsystem Kinderneurologisches Zentrum Sana Klinikum Düsseldorf)

-Qualitätszirkel 2025 Auftakttreffen des Qualitätszirkels „Hebammen im interkommunalen Verband“ 08.07.2025 13:00-15:00 Uhr

- Das interkommunale Netzwerk Kinderschutz hat die Anfrage aus Wülfrath erhalten, dass diese ins Netzwerk aufgenommen wird. Aktuell werden die Kooperationsverträge in diesem Bereich besprochen.
- Rechte und- Schutzkonzept Beratung wird rege angenommen. Einführungsschulungen werden von Frau Berkholz und Frau Bergmann regelmäßig angeboten.
- Seminar „Verhaltensauffälligkeiten und psychische Störungen bei Kindern“ mit Frau Prof. Dr. Esther Schäfermeier für im Kindergarten- und Grundschulalter am 26. Mai. 2025 geplant
- Anfrage zum Seminar durch die Hochschule Düsseldorf zum Thema Schulabs-tinenz steht weiterhin aus
- Kooperationsvereinbarung zwischen den Städten für das interkommunale Netzwerk in der Endphase und kurz vor Abschluss.

Der Vorsitzende Martin Haesen stellt um 19.15 h die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.